

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: Die neuzeitlich geformte Kopiermaschine über deren
Raum 20 Pf. für Familienangehörige 20 Pf. für die Kellnerin (ausführlich
an den beteiligten Teil eines Tages) 1,30 RM. Einzelnummern nur
wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-1, Güterbahnhofstraße 2

Verlagspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (schl. im voraus), durch
die Post 2,80 RM (ohne Jubiläum). Di- „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-2, Buchhandlung und Ver-
kauf: Güterbahnhofstr. 2, Dresden 17 100. Postfach: Dresden 18 100.
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
besonders und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 15-18 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 4. Oktober 1930

Nummer 232

Die SPD-Reichstagsfraktion erklärt sich für Unterstützung der Brüning-Diktatur!

Ein ungeheurer Verrat / SPD-Arbeiter, laßt euch nicht als Mittel und Wegbereiter des Faschismus mißbrauchen
Zerreißt das Mitgliedsbuch der Arbeiterberräterpartei! Ginein in die revolutionäre Klassenfront!

Dresden, 4. Oktober.

Die Entscheidung ist gefallen!
Das Ungeheuerliche ist wahr ge-
worden. Die SPD-Reichstagsfrak-
tion hat gestern getagt und sich
proklamiert für die Brüning-Diktatur,
für das Brüning-Programm, für die
Notverordnungen ausgesprochen.
Die Sitzung verlief heimlich. Die
angenommene Entschließung, die den
politischen Kurs der SPD festlegt,
lautet in ihrer entscheidenden
Stelle:

„Die sozialdemokratische Reichs-
tagsfraktion wird unter Wahr-
nung der Lebensinteressen der
arbeitenden Massen für die Sicher-
ung der parlamentarischen
Grundlage und für die Ab-
lösung der dringenden finan-
zpolitischen Auf-
gaben eintreten.“

Der ganze andere Teil der Ent-
schließung ist nur darauf angelegt,
den oben zitierten entscheidenden
Passus zu verschleiern. Erhaltung
der Demokratie, Sicherung der Ver-
fassung, Schon des Parlamentaris-
mus, und schließlich sogar „die
Kommunistische Partei, die den
Kampf gegen den Faschismus er-
scheitert“, müssen dazu herhalten,
das Verbrechen der SPD-Führer zu
begünstigen.

In der Entschließung ist kein
Wort, geschweige denn eine Kamp-
fparole gegen Brüning und sein
Programm gerichtet. Nichts von
einem Mißtrauensvotum,
von einem Antrag auf Aufhebung
der Notverordnungen, nicht ein-
mal ein Protest gegen die
Nachschüsse auf die Arbeitslosen
und Beamten, auf die Löhne der
Arbeiter und auf den Mieterschub.
Nichts! Kein Wort!

Eine harte Situation ist geschaf-
fen. Im Kampf zwischen Revolutio-
nen und Faschismus, zwischen Proletariat und äußerster Reak-
tion schloßen sich die SPD-Führer auf die Seite der finan-
ziaristischen Diktatur. In entscheidender Stunde
der proletarischen Klassenbewegung erklärten sie sich zu den
Hilfsmitteln aller Arbeiterfeinde.

Jetzt gilt es für uns, um die SPD-Arbeiter zu
ringen, die Scheinopposition der „Linken“ in Sachsen zu
durchkreuzen, die Millionenfront des Proletariats aufzurichten
gegen faschistische Diktatur und ihre sozialfaschistischen Anschläge,
die SPD-Führer, Lavinienartig wird die Front des
Kommunismus anzuwachsen, wenn die revolutionären Arbeiter es
in dieser Situation verstehen, das Klassenbündnis mit
den sozialdemokratischen und parteilosen Ar-
beitern zu schließen. (Siehe auch nebenstehenden Leitartikel.)

Die Robitalistenbrosche jubelt

Selbstverständlich wird in den Blättern der Schwerindustrie
und der Häfenarbeiter die Entschließung der Sozialdemokratie
aufs wärmste begrüßt. Die heutige Morgenausgabe
des „Berliner Tageblatt“ bringt in Riesentiteln: „Zur
Mitarbeit bereit.“

Die „Völkische Zeitung“ schreibt: „Es ist in der Entschließung
nicht von vornherein eine Kampfparole vorhanden, die einem



Brünings Programm und seine Stützen

späteren Ausgleich hinderlich sein könnte... Die Sozialdemo-
kratie hat am 14. September Mandate verloren, aber an staats-
politischer Haltung ansehnend gewonnen.“
Noch eindeutiger spricht die „Germania“, das Regierungs-
blatt Brünings: „Der sozialdemokratische Beschluß ist mah-
voll. Er scheint uns dahingehend ausgelegt werden müssen, daß
nichts verbaut wird, Forderungen auf Beteiligung an
der Regierung werden nicht gestellt. Ein Mißtrauensvotum
gegen die Regierung wird nicht angekündigt, wie überhaupt
die Regierung Brüning aus dem Spiele bleibt. Man müßte daraus
Schlüsse ziehen dürfen, daß die Sozialdemo-
kratie zunächst koalieren wird.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schätzt den
Beschluß der SPD-Fraktion folgendermaßen ein: „An dem
Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion ist interessant, daß
er auf alle typisch marxistischen Kräfteverhältnisse und alle
Phrasologie verzichtet und daß er keine ernsthaften
Einwendungen gegen das Programm der Regierung vor-
bringt.“

Die Reaktionen der kapitalistischen Presse beweisen, in
welcher Weise die Entschließung der SPD von der Bourgeoisie
bewertet wird, als beste Stütze der Brüning-
Regierung!

„Sprengpulver“, „Selbstmord“

Dresden, den 4. Oktober.

Braun, der Ministerpräsident Preußens, ist überboten wor-
den. Seine Verhandlungen mit Brüning, die preussische Re-
gierung als feste Stütze der Brüning-Diktatur zur Verfügung
zu stellen, sind kein Ausnahmefall, keine Abweichung von der
Generallinie der sozialdemokratischen Politik. Brauns Pa-
rti ist diejenige des Parteivorstandes und der
Reichstagsfraktion.

Erinnern wir uns, was die sozialdemokratische
„Vollzeitung für das Vogtland“ noch vor wenigen Tagen schrieb,
als die Bereitschaft Brauns, die Brücke zur faschistischen Diktatur
zu schlagen, in der Arbeiteröffentlichkeit ruibar wurde.

„Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Ver-
gangenheit, ihr ganzes Wesen verlaugern, wenn sie auf die
Verform dieses Brüningischen Diktaturprogramms treten
würde. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für
diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemo-
kratischen Partei bedeuten würde... Wenn die Sozial-
demokratie dieses Regierungsprogramm schluden würde, ganz
gleich ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur
durch Tolerierung, dann brauchte sich Adolf Hitler nicht
den Kopf darüber zerbrechen, ob er auf legalem Wege zur Herr-
schaft kommen könnte... Die Zustimmung zu diesem Brüning-
Programm müßte in der Partei wie Sprengpulver
wirken.“

Eine ähnliche Stellungnahme bezog die neueste Ausgabe des
„Klassenkampfes“, das theoretische Organ der sächsischen
„Linken“. Unter der Überschrift: „Abwarten? Nein! San-
deln!“ heißt es:

„Es ist ganz überflüssig, die schon tote Koalition noch ein-
mal totzureden, sondern es gilt jetzt, überall mit aller Ent-
schiedenheit den sehr gefährlichen Gedanken zu bekämpfen, die
Sozialdemokratie solle, um eine Regierung oder die Diktatur
Brünings zu verhindern, vor dieser Diktatur kapitulieren
und die Bürgerblutregierung tolerieren (dulden).“

Wenn die Sozialdemokratie die Regierung Brüning
tolerieren will, so bedeutet das praktisch, daß sie in den ersten
Tagen nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags positiv
der Regierung Brüning ein Vertrauensvotum aus-
sprechen muß, daß sie positiv für die Beibehaltung der von
ihm im Wahlkampf so heftig bekämpften Notverordnungen
stimmen muß.

Die Wirkung einer solchen, im Widerspruch zu den im
Wahlkampf gemachten Versprechungen stehenden Handlung
würde verheerend auf Partei und Gewerkschaft
sein und würde angesichts der verzweifeltsten wirtschaftlichen
Situation, die gar nicht zu vergleichen ist mit der Zeit nach dem
Wahlkampf von 1929, eine Vertrauenskrise der So-
zialdemokratie herbeiführen, die kaum über-
wunden werden könnte. Darum muß jeder Gedanke
der Unterstützung der Bürgerblutregierung Brüning mit aller
Entschiedenheit abgelehnt, mit aller Leidenschaft bekämpft
werden und im Interesse der Sozialdemokratie und der Erhal-
tung der Kampfkraft der Arbeiterklasse muß ausgesprochen wer-
den, daß wir solche gefährliche Katastrophen-
politik nicht mitmachen können.“

Als die, Zeilen im Druck erschienen, war das Ungeheu-
liche noch nicht geschehen. Jetzt ist es geschehen! Was wer-
den die sächsischen, die sogenannten „Linken“
SPD-Führer tun, von denen ihr „Klassenkampf“ be-
hauptet, daß sie diese „gefährliche Katastrophenpolitik nicht mit-
machen können“?

Was sie tun werden? Sie werden hinter einem
Schleier von „Opposition“, von radikalen Phrasen weiterhin die
Einheit ihrer Partei verteidigen, werden den SPD-Arbeitern
weiter erklären, daß die Sozialdemokratie „die einzige wahre
Arbeiterpartei“ ist, daß die SPD-Arbeiter in dieser Partei ver-
bleiben müssen, „um sie auf den Boden des Klassenkampfes zu-
rückzuführen“. Sie werden im gleichen Atemzuge ihre Anti-
kommunistenhege verstärken, ihre Behauptungen, daß die Kom-
munisten „Arm in Arm mit Hitler“ gehen, in allen Variationen
gefälschter Dokumente und Lügen wiederholen. Sie werden die
kommunistischen Anträge auf Erklärung des Steuerstreiks gegen
die Brüningsteuer, des Lohnstreiks gegen Lohnabbau nieder-

Morgen auf die Straße! Massendemonstration
Gegen den Faschismus!
Großwerbewoche für die „Arbeiterstimme“ / Demonstrations-Stellplatz, Weißeritzstraße 10.30 Uhr